

# Amerika und die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung

Die US-Debatte im Spiegel ausgewählter Think-Tank-Publikationen und Fachzeitschriftenartikel 2014/2015

Manuel Franz/Marco Overhaus

**In den USA gibt es bislang allenfalls Ansätze einer Debatte über die längerfristigen Folgen des Krieges im Osten der Ukraine für die europäische Sicherheit. Dabei geht es in erster Linie um die bilateralen Beziehungen der USA zu Russland, die Zukunft der Nato sowie den Stellenwert der nuklearen Abschreckung. Multilaterale Institutionen und Normenwerke jenseits der Nato – nicht zuletzt die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – spielen in der amerikanischen Fachdebatte dagegen nur eine sehr untergeordnete Rolle.**

Aus Sicht Washingtons sind der Krieg im Osten der Ukraine und die damit verknüpfte Verschlechterung des Verhältnisses zu Russland nur eine von zahlreichen außen- und sicherheitspolitischen Problemlagen. Das spiegelt sich auch in der Expertendiskussion in den USA wider, wie beispielsweise ein Blick in die Zeitschrift *Foreign Affairs* – ein Leitmedium der außenpolitischen Elite in den USA – verdeutlicht. Von 123 Beiträgen (Buchbesprechungen nicht eingerechnet), die dort in den Ausgaben von Mai/Juni 2014 bis Juli/August 2015 erschienen sind, setzen sich lediglich 13 schwerpunktmäßig oder teilweise mit der sicherheitspolitischen Situation in Osteuropa nach Beginn der Ukraine-Krise auseinander.

Dort, wo die US-amerikanische Fachwelt auf Europa schaut, liegt der Fokus häufig auf der Frage, wie auf die russische Annexion der Krim und die Gewalt in der Ukraine reagiert werden soll. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland und die verteidigungspolitischen Maßnahmen zur Rückversicherung der östlichen Bündnispartner finden in Washington breite Unterstützung. Strittiger debattiert wird dagegen das Thema der Waffenlieferungen an die Ukraine. Aus deutscher Sicht ist darüber hinaus von großem Interesse, inwiefern auf der anderen Seite des Atlantiks auch über die längerfristigen Folgen des Ukraine-Konflikts für die europäische Sicherheit und für die sicherheitspolitische Rolle der USA in Europa nachgedacht wird.

Der Begriff einer »European Security Order« ist im amerikanischen Diskurs nicht geläufig. Soweit dennoch ordnungspolitische – also längerfristige und strukturelle – Fragen diskutiert werden, geht es in der US-Fachdebatte in erster Linie um folgende Themen: die Zukunft der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Russland, den verteidigungspolitischen Beitrag der Vereinigten Staaten innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses, die Frage der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die Nato und die Prämissen der nuklearen Abrüstungspolitik.

### **Die amerikanisch-russischen Beziehungen nach dem gescheiterten »Reset«**

Der von der damaligen Außenministerin Hillary Clinton 2009 angestrebte »Reset« in den bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Russland gilt in Washington weiterhin als gescheitert. Mittlerweile dominiert in der Debatte unter den Experten eine konfrontative Haltung gegenüber Moskau. Dennoch gehen die Meinungen darüber, wie die Beziehungen in Zukunft ausgestaltet werden sollten, weit auseinander. Den Positionen liegen unterschiedliche Annahmen über den Stellenwert der Ukraine für die globalen Sicherheitsinteressen der USA und über die Handlungslogik der russischen Politik zugrunde.

**Ivo Daalder, Michele Flournoy** und sechs weitere Autoren – allesamt mit Erfahrungen in hochrangigen Regierungs- oder Streitkräftepositionen – schreiben der russischen Führung in einem gemeinsamen Papier des *Atlantic Council*, der *Brookings Institution* und des *Chicago Council on Global Affairs* expansive Ambitionen zu: Sollte Präsident Putin die Ukraine erfolgreich destabilisieren, dann werde er unter dem Vorwand, russische oder russischsprachige Bevölkerungsgruppen zu schützen, weitere territoriale Veränderungen in der europäischen Nachbarschaft betreiben. Vor diesem Hintergrund plädieren die Autoren dafür,

Russland entschieden entgegenzutreten, in erster Linie durch Wirtschaftssanktionen und die Bewaffnung der ukrainischen Streitkräfte.

**Luke Coffey** und **Daniel Kochis** von der konservativen *Heritage Foundation* teilen die Grundprämissen des Atlantic Council-Papiers, ziehen aber noch weitergehende Konsequenzen für die amerikanisch-russischen Beziehungen. Sie fordern eine dezidierte diplomatische Isolierung Moskaus. Demnach sollten es die Vereinigten Staaten nicht bei dem Ausschluss Russlands aus der Gruppe der Acht (G8) bewenden lassen. Vielmehr müsse das Land auch in anderen internationalen Formaten – wie etwa der G20 – marginalisiert werden.

Diejenigen US-Autoren, die versöhnliche Töne gegenüber Moskau anschlagen bzw. größeres Verständnis für die Politik Russlands äußern, gehen von anderen Grundprämissen als die »Russland-Falken« aus. Sie sind der Auffassung, dass eine zu rigorose Haltung der USA zu einer Verhärtung der Positionen in Russland führen werde. So meinen **Graham Allison** und **Dimitri Simes** in ihrem Beitrag für die außenpolitische Zeitschrift *The National Interest*, dass durch eine weitere Eskalation der Worte und Taten die eher pragmatischen Positionen, die auch Putin vertrete, innerhalb Russlands zunehmend ins Abseits gedrängt würden. In der Konsequenz sprechen sich die beiden Autoren mit Blick auf Russland für einen vorsichtigen Balance-Akt zwischen Annäherung und Eindämmung aus. Angesichts der potentiell katastrophalen Folgen eines direkten Schlagabtauschs zwischen den USA und Russland sei pragmatische Diplomatie das Gebot der Stunde.

Diese Sicht teilt auch **Leslie H. Gelb** vom Council on Foreign Relations in einem Beitrag, der ebenfalls in der Zeitschrift *The National Interest* erschienen ist. Gelb plädiert für eine »Détente Plus«-Politik, die über den engen Fokus auf Rüstungskontrolle hinausgehen soll, der frühere Entspannungsbemühungen im Verhältnis zu Moskau gekennzeichnet habe. Stattdessen gelte es, alle drängenden politischen Probleme in Europa

und weltweit in den Austausch mit Russland einzubeziehen. Ein solcher »Détente Plus«-Ansatz solle sich konkret in jährlichen Gipfeltreffen sowie in halbjährlichen Treffen der Außen- und Verteidigungsminister niederschlagen. Nach Auffassung Gelbs müsse Europa zwar in diese Politik eingebunden werden, dies betreffe allerdings in erster Linie die wirtschaftliche Dimension. Kern der neuen Entspannungspolitik seien die amerikanisch-russischen Beziehungen.

## Die verteidigungspolitische Rolle der USA in Europa

Die vergangenen drei Jahrzehnte waren durch eine substantielle Verringerung der US-Militärpräsenz in den europäischen Nato-Staaten gekennzeichnet – von mehr als 350 000 Truppen Mitte der 1980er Jahre auf 67 000 Soldaten im Jahr 2014. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine diskutiert die sicherheitspolitische Community in den USA nun erneut die Frage, wie diese Präsenz und die verteidigungspolitische Rolle Amerikas in Europa in Zukunft gestaltet sein sollen. In der Debatte geht es vor allem um drei zentrale Punkte: die dauerhafte Stationierung zusätzlicher US-Truppen und schwerer Waffen in Osteuropa, die Rolle der Nato in der kontinentalen Sicherheitspolitik und den verteidigungspolitischen Beitrag der europäischen Verbündeten.

Die meisten Kommentatoren sind sich darüber einig, dass die USA auf die Annexion der Krim und die Destabilisierung im Osten der Ukraine auch mit einem stärkeren verteidigungspolitischen Engagement in der Nordatlantischen Allianz reagieren müssten. Es gibt allerdings unterschiedliche Positionen in der Frage, ob diese Maßnahmen grundsätzlich einen zeitlich befristeten Charakter haben sollen – und somit im Falle einer Verhaltensänderung Russlands schneller rückgängig gemacht werden können – oder in Form einer dauerhaften Stationierung von Truppen und militärischem Gerät verstetigt werden sollen.

Autoren aus (neo-)konservativen Think-Tanks vertreten tendenziell eine härtere verteidigungspolitische Linie gegenüber Russland. So empfiehlt **Marc Thiessen** vom *American Enterprise Institute*, vom Ziel einer Truppenreduzierung in Europa endgültig abzurücken. Stattdessen müsse man militärisch demonstrativ Präsenz in der Region zeigen, unter anderem dadurch, dass Washington sein zunächst aufgegebenes Vorhaben wiederaufnimmt, eine Raketenabwehr in Osteuropa aufzubauen. Ähnlich argumentieren **James Carafano** und **Nile Gardiner** von der *Heritage Foundation*, die sich dafür aussprechen, dauerhaft US-Truppen im Baltikum zu stationieren und Militärübungen mit den osteuropäischen Verbündeten fest zu institutionalisieren. Die beiden Experten kritisieren Obamas Strategie des »leading from behind« und mahnen eine starke Führungsrolle der USA innerhalb der Nato an.

**Stephen Larrabee**, **Peter Wilson** und **John Gordon** von der RAND-Corporation prognostizieren das Heraufziehen eines neuen »Kalten Krieges«, der anders als vor 1989 allerdings keinen globalen, sondern einen regionalen Charakter habe. Davon ausgehend entwickeln die Autoren eine Reihe von konkreten Optionen für die Präsenz der U.S. Army in Europa. Diese reichen von einer dauerhaften Stationierung in Osteuropa über die Lagerung militärischen Geräts in dieser Region bis hin zur Entwicklung hochmobiler Eingreifkräfte, die im Krisenfall sehr schnell an die Ostgrenze der Nato verlegt werden können. Die Autoren sprechen sich nicht eindeutig für oder gegen eine der Optionen aus, erwarten aber, dass am Ende eine Mischung dieser Ansätze stehen wird.

Die meisten US-amerikanischen Fachautoren fordern implizit oder explizit ein größeres verteidigungspolitisches Engagement von den europäischen Nato-Verbündeten. Besonders deutlich äußert sich **Anthony Cordesman** vom *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) zu dieser Frage. Seiner Auffassung nach dürfen die Europäer nicht länger einseitige Nutznie-

ßer – Cordesman bezeichnet sie polemisch als »Parasiten« – amerikanischer Sicherheitsgarantien sein, sondern müssten endlich eine Führungsrolle bei der Verteidigung des Kontinents übernehmen.

Stimmen, die für eine größere verteidigungspolitische Zurückhaltung Amerikas eintreten, sind in der US-Fachdebatte eindeutig in der Minderheit. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Beitrag **Doug Bandows** vom libertären *Cato Institute*. Bandow argumentiert in der Tradition der isolationistischen US-amerikanischen Außenpolitik, die – was oft missverstanden wird – nicht für eine Abschottung der USA vom Rest der Welt steht, sondern gegen das Eingehen fester Bündnisse ist. Aus dieser Perspektive verringern derartige Allianzen die Sicherheit Amerikas, weil sie das Risiko bürden, in die Konflikte fremder Mächte hineingezogen zu werden. Der Autor richtet seine Kritik ausdrücklich gegen die verteidigungspolitischen Falken in der Republikanischen Partei (er erwähnt namentlich den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Marco Rubio). Mit Blick auf Europa kommt Bandow zu dem Schluss, dass die USA ihre verteidigungspolitische Rolle dort aufgeben und es dementsprechend den Europäern überlassen sollten, ihren Kontinent selbst zu sichern.

Auch die Diskussion in den USA über mögliche Waffenlieferungen an die Ukraine hat eine ordnungspolitische Dimension. Schließlich wird bei dieser Frage ein Konfliktpotential im transatlantischen Verhältnis offenbar, das für die Zukunft der europäischen Sicherheit durchaus von Bedeutung ist. Darauf weisen **Ivan Krastev** (Institute for Human Sciences in Wien) und **Mark Leonard** (European Council on Foreign Relations) in einem Beitrag für die Zeitschrift *Foreign Affairs* hin. Den (zumeist amerikanischen) Befürwortern solcher Waffenlieferungen gehe es primär darum, die Kosten für Russlands geopolitischen Revisionismus hochzutreiben, während die (zumeist deutschen bzw. europäischen) Gegner dies ablehnten, weil sie zuvorderst an der Bewahrung des »europäischen Hand-

lungsmodells« – ein Begriff der in dem Beitrag allerdings vage bleibt – und an der Einheit der EU im Auftreten gegenüber Russland interessiert seien.

## Die Erweiterung des Nordatlantischen Bündnisses

Ein weiterer Schwerpunkt in der Debatte über die Zukunft der europäischen Sicherheit ist die Frage der Aufnahme neuer Staaten in die Nato, insbesondere mit Blick auf Montenegro, Georgien und die Ukraine.

Ähnlich wie bei den anderen angesprochenen Themen treten Autoren, die konservativen bzw. neokonservativen Denkfabriken nahestehen, auch in der Frage der Nato-Osterweiterung für eine konfrontative Haltung gegenüber Russland ein. **John Bolton**, einst Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen während der Präsidentschaft George W. Bushs und heute Senior Fellow am *American Enterprise Institute*, spricht sich langfristig für einen Beitritt sowohl der Ukraine als auch Georgiens zur Nordatlantischen Allianz aus. Dieser Schritt berge zwar auch Risiken, sei aber der einzige Weg, um der Einmischung Moskaus in die Angelegenheiten dieser Länder Einhalt zu gebieten. Bolton meint, dass die Entstehung eines bündnispolitischen Niemandslands zwischen Russland und dem Westen Putin erst zu seinen Interventionen in den Nachbarländern ermutigt habe.

**Marc Thiessen**, sein Kollege beim *American Enterprise Institute*, geht noch einen Schritt weiter. Nach Thiessens Auffassung soll die Ukraine nicht nur den offiziellen Status eines Beitrittskandidaten erhalten, sondern auch einen konkreten Zeitplan für die Erwerbung der Vollmitgliedschaft. Darüber hinaus sollten die ohnehin geplante Aufnahme Montenegros beschleunigt und schließlich eine konkrete Perspektive für den schnellen Beitritt Georgiens entwickelt werden. Grundgedanke hinter dieser forcierten Erweiterungspolitik müsse das Bestreben sein, Russland deutlich zu signalisieren, dass seine Aggression gegenüber

seinen Nachbarstaaten nicht die gewünschte Verhinderung einer Nato-Ausdehnung, sondern im Gegenteil deren Beschleunigung zur Folge habe.

Exemplarisch für die Debattenbeiträge jener Autoren, die einer weiteren Ausdehnung des Bündnisses skeptisch gegenüberstehen, sind die Ausführungen von **Samuel Charap** (International Institute for Strategic Studies) und **Jeremy Shapiro** (Brookings). Die beiden Autoren kommen mit Blick auf die zwei bisherigen Osterweiterungen der Nato in den Jahren 1999 und 2004 zu dem Schluss, dass der sicherheitspolitische Zugewinn, den dieser Schritt für die Staaten Ostmitteleuropas bedeutet habe, mit einer gesteigerten Bedrohungsperzeption auf Seiten Moskaus einhergegangen sei. Russland habe deutlich gemacht, dass es ein weiteres Heranrücken des Bündnisses an seine westlichen Grenzen nicht mehr akzeptieren werde. Deshalb sei die Erweiterungspolitik heute anders als noch vor zehn Jahren kein Instrument zur Schaffung zusätzlicher europäischer Sicherheit mehr, sondern im Gegenteil ein Risiko. Folglich raten die beiden Autoren von der Aufnahme von Staaten wie der Ukraine, Georgien oder Moldawien in die Nato ab.

**Richard N. Haass**, Präsident des Council on Foreign Relations, spricht sich in seinem Beitrag für die Zeitschrift *Foreign Affairs* zwar für wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland und militärische Unterstützung für die Ukraine aus. Dennoch solle Russland zugleich ein diplomatischer Ausweg eröffnet werden, indem es Zusagen (»assurances«) bekommt, die eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine in absehbarer Zeit ausschließen.

Als Folge der Krim-Annexion Russlands und des Krieges im Osten der Ukraine ist auch in Schweden und Finnland eine Debatte über das jeweilige Verhältnis der beiden Länder zur Nordatlantischen Allianz – einschließlich der Option eines Beitritts – entbrannt. Diese Diskussion wird teilweise in den USA aufgegriffen. **Stephen Larrabee**, **Peter Wilson** und **John Gordon** meinen, dass eine baldige Nato-Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands zwar nicht realistisch

sei. Sie plädieren aber für eine engere verteidigungspolitische Kooperation zwischen dem Bündnis und diesen beiden Ländern. Diese sei umso mehr geboten, als Moskaus Einschüchterungsversuche gegenüber den Skandinaviern auf eine sicherheitspolitische Neutralisierung der europäischen Nordflanke abzielten. Wenn man diesen Bestrebungen nicht entgegenwirke, werde dies die Glaubwürdigkeit der Nato – gerade auch in Hinblick auf das Baltikum – ernsthaft beschädigen.

### Die Zukunft der Rüstungskontrolle in Europa

Die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa im Rahmen des KSE-Vertrags spielt in der US-Debatte bislang keine Rolle. Mit Blick auf die nukleare Rüstung hat die Obama-Administration zwar in jüngster Zeit wiederholt der russischen Seite den Bruch des Vertrags über Mittelstreckengewaffen (Intermediate Range Nuclear Forces, INF-Treaty) vorgeworfen. Gleichzeitig war sie aber darum bemüht, das Thema der atomaren Abrüstung und Rüstungskontrolle von den Auswirkungen der Ukraine-Krise so weit wie möglich zu isolieren. Nicht zuletzt durch die nuklearen Muskelspiele Moskaus – etwa die Androhung, Atomwaffen auf die annektierte Krim zu verlegen – gerät das Thema jedoch zunehmend in den Blick der außenpolitischen Kommentatoren in den USA. Während die einen eine Rückbesinnung auf nukleare Abschreckung fordern, mahnen die anderen eine Fortführung des Abrüstungsdialogs zwischen den beiden Atommächten an.

**James Carafano** und **Nile Gardiner** von der *Heritage Foundation* meinen, dass die Bedeutung der amerikanischen Nuklearwaffen als eine Komponente der Abschreckung gegenüber Russland nach der Krim-Annexion deutlich zugenommen habe. Die USA sollten daher umso dringlicher in ihr alterndes Atomarsenal investieren. Zugleich plädieren die beiden Autoren für den Rückzug der USA aus dem New-Start-Abkom-

men, das die weitere Reduzierung strategischer Atomwaffen in Amerika und Russland vorsieht. Dieses Vertragswerk begünstige Moskau einseitig, da es Washington beim Aufbau eines globalen Raketenabwehrschildes einschränke. Ebenso sei der überholte INF-Vertrag zu kündigen, dessen Bestimmungen von Russland wiederholt gebrochen worden seien.

**Matthew Kroenig**, Associate Professor an der Georgetown University in Washington, D.C., geht noch einen entscheidenden Schritt weiter. Seiner Auffassung nach sollte die Nato die Entwicklung und Stationierung von neuen Nuklearwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite in Europa ins Auge fassen – auch auf dem Gebiet der östlichen Bündnispartner. Kroenig begründet dies in einem Beitrag für die Fachzeitschrift *Survival* unter anderem damit, dass Russland selbst den Einsatz nuklearer Waffen angedroht hat, um den Westen von einem militärischen Eingreifen in der Ukraine abzuschrecken.

**Sarah Mendelson** und **John Harvey** teilen diese Auffassung in ihrem Beitrag für CSIS nicht. Sie vertreten die Ansicht, dass es keine Stationierungen von US-Kernwaffen in den osteuropäischen Nato-Staaten geben sollte, und sprechen sich stattdessen für vorsichtigere Schritte aus. Dazu zählen sie die Fortführung bereits lange geplanter Programme zur Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen und das Angebot an die osteuropäischen Nato-Staaten, an Übungen zum Einsatz nuklearfähiger Flugzeuge (»Dual-Capable Aircraft«) teilzunehmen.

**Thomas Wright** von der *Brookings Institution* spricht sich energisch dagegen aus, den gegenwärtigen Spannungen zwischen Russland und dem Westen eine nukleare Dimension zu verleihen. Er plädiert für eine neue Form der Eindämmungspolitik gegenüber Russland, die sich anders als die Containment-Strategie der Zeit vor 1989 auf konventionelle Rüstung und nicht auf Nuklearwaffen stützt. Nur so lasse sich eine Neuaufgabe des Kalten Krieges verhindern.

Auch **Adam Mount** vom *Council on Foreign Relations* findet, es sei nicht im Interesse der

USA auf Russlands nukleare Drohgebärden mit ebensolchen Gegendrohungen zu reagieren. Dabei wirft er auch einen kritischen Blick auf diejenigen Maßnahmen Russlands, die in der US-Debatte für teils heftige Reaktionen gesorgt haben. So bedeute die Ankündigung Putins vom Juni 2015, 40 neue Interkontinentalraketen zu beschaffen, keine Ausweitung des russischen Arsenal. Es gehe vielmehr um den Ersatz veralteter Trägersysteme, eine Maßnahme, die schon lange vor der Ukraine-Krise erwartet worden sei. Darüber hinaus halte sich Russland weiterhin an die Obergrenzen des New-Start-Abkommens mit den USA. Mit Sorge betrachtet Mount allerdings, dass Moskau den INF-Vertrag verletzt habe und auch kein Interesse signalisiere, sich in Zukunft wieder an seine Verpflichtungen im Rahmen dieses Abkommens zu halten.

## Fazit

Die exponierte Rolle der USA in der europäischen Sicherheitsordnung ist und bleibt ein zentraler Faktor für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Entscheidungen in Washington haben Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten Deutschlands, beispielsweise im Hinblick auf eventuelle Initiativen während der deutschen OSZE-Präsidentschaft im Jahr 2016. Umso wichtiger ist es, sich auch die Differenzen zwischen Washington und Berlin vor Augen zu führen, die sich auch in der Debatte unter amerikanischen Fachleuten widerspiegeln.

Für die Bundesregierung stehen die möglichen negativen Rückwirkungen des Krieges in der Ukraine auf die multilateralen Kooperationszusammenhänge in Europa, sei es im Rahmen der EU und der Nato, im Verhältnis zu den östlichen Partnern oder zu Russland, wesentlich stärker im Fokus als für die USA. Die dortige Debatte konzentriert sich dagegen auf die bilateralen Beziehungen zu Russland, wobei »Europa« als eigenständiger Partner eher eine periphere Rolle spielt.

Die Tatsache, dass insbesondere die Kommentatoren konservativer Think-Tanks eine harte Haltung gegenüber Moskau fordern, ist zum Teil dem bereits angelaufenen Präsidentschaftswahlkampf in den USA zuzuschreiben. Anders als dies insbesondere für die parteinahen politischen Stiftungen in Deutschland gilt, fühlen sich US-amerikanische Think-Tanks häufig ausdrücklich dazu berufen, den von ihnen favorisierten Kandidaten intellektuelle Munition im Kampf gegen den jeweiligen politischen Gegner zu liefern. Dabei wird bereits jetzt deutlich, dass die Republikaner das Thema der nationalen Sicherheit und Verteidigung einmal mehr als die schwache Flanke der Demokraten betrachten.

Das bedeutet, dass am Ende vermutlich nicht alles so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde. Dennoch gilt: Je länger der Krieg im Osten der Ukraine und der Konflikt mit Russland andauern, desto eher werden sich auch innenpolitisch die Positionen in Washington verhärteten. Die Debatte über die langfristigen Implikationen dieses Konflikts für die europäische Sicherheit hat auch in Amerika gerade erst begonnen.

## Besprochene Aufsätze

- Allison, Graham/Simes, Dimitri**, »Russia and America: Stumbling to War«, in: *The National Interest*, April 2015, <<http://nationalinterest.org/feature/russia-america-stumbling-war-12662>> (eingesehen am 2.7.2015).
- Bandow, Doug**, *U.S. Should Stop Collecting Allies like Facebook Friends. Alliances Should Benefit America*, Washington, D.C.: Cato Institute, März 2015, <[www.cato.org/publications/commentary/us-should-stop-collecting-allies-facebook-friends-alliances-should-benefit](http://www.cato.org/publications/commentary/us-should-stop-collecting-allies-facebook-friends-alliances-should-benefit)> (eingesehen am 2.7.2015).
- Bolton, John**, *Nato is Still the Answer*, Washington, D.C.: American Enterprise Institute, April 2014, <[www.aei.org/publication/nato-is-still-the-answer/](http://www.aei.org/publication/nato-is-still-the-answer/)> (eingesehen am 2.7.2015).
- Carafano, James/Gardiner, Nile**, *How the Next President Should Deal with Russia*, Washington, D.C.: The Heritage Foundation, April 2015, <[www.heritage.org/research/commentary/2015/4/how-the-next-president-should-deal-with-russia](http://www.heritage.org/research/commentary/2015/4/how-the-next-president-should-deal-with-russia)> (eingesehen am 2.7.2015).
- Charap, Samuel/Shapiro, Jeremy**, *How to Avoid a New Cold War*, Washington, D.C.: The Brookings Institution, Oktober 2014, <[www.brookings.edu/research/articles/2014/09/how-to-avoid-new-cold-war-charap-shapiro](http://www.brookings.edu/research/articles/2014/09/how-to-avoid-new-cold-war-charap-shapiro)> (eingesehen am 2.7.2015).
- Coffey, Luke/Kochis, Daniel**, *Russia's Invasion of Ukraine. The U.S. Needs a Strategy*, Washington, D.C.: The Heritage Foundation, November 2014 (Issue Brief 4306), <[http://thf\\_media.s3.amazonaws.com/2014/pdf/IB4306.pdf](http://thf_media.s3.amazonaws.com/2014/pdf/IB4306.pdf)> (eingesehen am 2.7.2015).
- Cordesman, Anthony**, *NATO and Ukraine. The Need for Real World Strategies and for European Partners rather than Parasites*, Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies, Juni 2014, <<http://csis.org/publication/nato-and-ukraine-need-real-world-strategies-and-european-partners-rather-parasites>> (eingesehen am 2.7.2015).
- Daalder, Ivo/Michele Flournoy et al.**, *Preserving Ukraine's Independence, Resisting Russian Aggression. What the United States and Nato Must Do*, Washington, D.C.: Atlantic Council, Februar 2015, <[www.brookings.edu/~media/research/files/reports/2015/02/ukraine%20independence%20russian%20aggression/ukrainereport\\_february2015\\_final.pdf](http://www.brookings.edu/~media/research/files/reports/2015/02/ukraine%20independence%20russian%20aggression/ukrainereport_february2015_final.pdf)> (eingesehen am 2.7.2015).
- Gelb, Leslie**, »Détente Plus«, in: *The National Interest*, Juli/August 2015, S. 9–21.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

**Haass, Richard N.**, »The Unraveling: How to Respond to a Disordered World«, in: *Foreign Affairs* (online), November/Dezember 2014, <[www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2014-10-20/unraveling](http://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2014-10-20/unraveling)> (eingesehen am 2.7.2015).

**Krastev, Ivan/Leonard, Mark**, »Europe's Shattered Dream of Order. How Putin Is Disrupting the Atlantic Alliance«, in: *Foreign Affairs* (online), Mai/Juni 2015, <[www.foreignaffairs.com/articles/western-europe/2015-04-20/europes-shattered-dream-order](http://www.foreignaffairs.com/articles/western-europe/2015-04-20/europes-shattered-dream-order)> (eingesehen am 2.7.2015).

**Kroenig, Matthew**, »Facing Reality: Getting NATO Ready for a New Cold War«, in: *Survival*, 57 (2015) 1, S. 49–70.

**Larrabee, Stephen/Wilson, Peter/Gordon IV, John**, *The Ukrainian Crisis and European Security. Implications for the United States and U.S. Army*, Santa Monica: The RAND Corporation, 2015, <[www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research\\_reports/RR900/RR903/RAND\\_RR903.pdf](http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR900/RR903/RAND_RR903.pdf)> (eingesehen am 2.7.2015).

**Mendelson, Sarah/Harvey, John**, *Responding to Putin's Plan Post-Crimea*, Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies, Juli 2014, <<http://csis.org/publication/responding-putins-plan-post-crimea>> (eingesehen am 2.7.2015).

**Mount, Adam**, *Why Putin's ICBM Announcement Does not Signal a New Nuclear Arms Race*, New York: Council on Foreign Relations (Defense in Depth Blog), 25.6.2015, <<http://blogs.cfr.org/davidson/2015/06/25/why-putins-icbm-announcement-does-not-signal-a-new-nuclear-arms-race/>> (eingesehen am 2.7.2015).

**Thiessen, Marc**, *What Can Obama Do in Ukraine? Plenty*, Washington, D.C.: American Enterprise Institute, März 2014, <[www.aei.org/publication/what-can-obama-do-in-ukraine-plenty/](http://www.aei.org/publication/what-can-obama-do-in-ukraine-plenty/)> (eingesehen am 2.7.2015).

**Wright, Thomas**, *How to Contain Russia without a New Cold War*, Washington, D.C.: The Brookings Institution, Februar 2015, <[www.brookings.edu/blogs/order-from-chaos/posts/2015/02/24-how-to-contain-russia-without-a-new-cold-war-wright](http://www.brookings.edu/blogs/order-from-chaos/posts/2015/02/24-how-to-contain-russia-without-a-new-cold-war-wright)> (eingesehen am 2.7.2015).